



Aktuelle Maßnahmen der Politik: Ein Schritt zur Stigmatisierung, nicht zur Lösung!

Die Landesarbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienste NRW e.V. (LAG) beobachtet mit großer Besorgnis die aktuelle öffentliche Diskussion, die psychisch erkrankte Menschen vermehrt in Verbindung mit Gewalt und Straftaten stellt.

In den Medien und öffentlichen Debatten wird zunehmend die Vorstellung verbreitet, Menschen mit psychischen Erkrankungen seien eine direkte Bedrohung für die Gesellschaft. Diese einseitige und undifferenzierte Darstellung ist nicht nur fachlich unbegründet, sondern auch diskriminierend und stigmatisierend.

Studien und wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen jedoch eindeutig, dass das Gewaltpotential nicht durch psychische Erkrankungen an sich bedingt ist, sondern durch gesellschaftliche Faktoren wie soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und das Fehlen von Zugang zu adäquater Behandlung und Unterstützung. Das von der deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP) veröffentlichte Fact Sheet „Gewaltrisiko und psychische Erkrankung“ zeigt dies eindrücklich auf.

Indem die öffentliche Diskussion jedoch weiterhin psychische Erkrankungen mit Gewalt in Verbindung bringt, wird ein gefährlicher Generalverdacht geschürt, der die betroffenen Menschen weiter marginalisiert und ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe verringert. Diese Form der Stigmatisierung führt dazu, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen zunehmend als „anders“ oder „gefährlich“ betrachtet werden, was ihre Integration und die Möglichkeit, Unterstützung zu erhalten, erheblich erschwert. Statt die Ursachen für Gewaltvorfälle zu analysieren und auf eine bessere Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe von psychisch erkrankten Menschen hinzuwirken, wird ein gefährlicher Stereotyp aufrechterhalten, der nur zu weiteren Vorurteilen führt.

Es ist nicht zu übersehen, dass diese Fehldarstellung in Medien und öffentlichen Debatten somit nicht nur Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung hat, sondern diese Entwicklung auch politische Entscheidungen beeinflusst, die für die betroffenen Menschen oft nachteilige Konsequenzen haben. Vorschläge für Maßnahmen wie die Einführung von zentralen Registern oder die stärkere Überwachung von psychisch erkrankten Menschen in bestimmten Situationen deuten auf eine Bereitschaft hin, das Recht auf Privatsphäre und den Schutz vor Diskriminierung zugunsten eines vermeintlichen Sicherheitsbedürfnisses zu opfern. Die Pressemitteilung der DGPPN vom 29.01.2025 bezieht hier deutlich Stellung gegen eine Registrierung von Erkrankungen und der Aufweichung des Arztgeheimnisses, da es dazu führen kann, dass sich Betroffene eher keine Hilfe mehr suchen. So ist in diesem Zusammenhang auch das seit 2022 in NRW installierte Projekt PeRisikoP zu nennen, welches ursprünglich dazu dienen sollte, Menschen mit Risikopotential zu erkennen. Wir alle, die im sozialen und psychosozialen Umfeld dieser Menschen arbeiten wissen, wie sensibel und integer wir mit den personenbezogenen Daten und Informationen zu Betroffenen umgehen müssen und wollen. Ein Bruch des Datenschutzes ist gleichzusetzen mit dem Bruch des Vertrauensverhältnisses, was oftmals in jahrelanger Zusammenarbeit entstanden ist.

Auch die Anfrage der Bezirksregierung zu den Verfahrensweisen beim §14 PsychKG NRW vor dem Hintergrund, dass diese Maßnahmen auch durch die Polizei erfolgen sollen zeigt, dass es die Tendenz gibt psychisch kranke Menschen grundsätzlich als gefährlich bzw. gewaltbereit einzustufen.

Anstatt solche Maßnahmen zu ergreifen, die vor allem zu einer weiteren Stigmatisierung und Entmenschlichung führen, sollten wir dringend darüber nachdenken, wie wir die psychische Gesundheit fördern und Menschen mit psychischen Erkrankungen besser unterstützen können. Schließlich ist die beste Prävention von Krisensituationen eine konsequente Unterstützung und Behandlung der Betroffenen.

Die LAG lehnt es ab, dass Menschen mit psychischer Erkrankung in der öffentlichen Diskussion als Gefährder oder Problemfälle dargestellt werden. Wir fordern eine sachliche, fundierte und respektvolle Auseinandersetzung mit dem Thema.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienste NRW e.V. setzt sich nachdrücklich für eine Veränderung der Rahmenbedingungen ein, um insbesondere Menschen mit herausforderndem Verhalten und hohem Unterstützungsbedarf die notwendige Hilfe und Begleitung zukommen zu lassen. Hierbei geht es nicht nur um medizinische und therapeutische Leistungen, sondern auch um die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum und einem stabilen sozialen Umfeld. Nur durch frühzeitige und umfassende Unterstützung können Risiken minimiert und eine nachhaltige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Der Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Sozialpsychiatrischer Dienste NRW